



Vorlage Stadtparlament

vom 3. März 2015

Nr. 2778

510.01 Sankt Galler Stadtwerke: Rechtliches

Erlass eines neuen Stadtwerkereglements**Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Es wird ein Stadtwerkereglement gemäss Beilage erlassen.
 2. Es wird festgestellt, dass dieser Beschluss gemäss Art. 8 Ziff. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.
-

1 Zusammenfassung

Das geltende Stadtwerke-Reglement datiert vom 2. November 2005. Seither haben sich die Rahmenbedingungen stark verändert. So ist heute bei der Elektrizitäts- und der Gasversorgung mindestens eine teilweise Marktöffnung Tatsache, was eine Anpassung der Gebührenstruktur bedingt.

Zudem haben die Stadtwerke in der Zwischenzeit neue Geschäftsfelder entwickelt, insbesondere die Telekommunikation oder das Wärme-Contracting sowie nicht zuletzt die Geothermie. Hier ist eine Klärung der Rechtsverhältnisse nötig. Stark zugenommen hat auch die regionale Zusammenarbeit, einschliesslich der Übernahme von Dienstleistungen für andere Gemeinden. Ferner ist der weiteren Entwicklung übergeordneter Gesetzgebung sowie der Rechtsprechung Rechnung zu tragen, namentlich ist für die Abgaben an das Gemeinwesen (Ablieferung und Entschädigung für die Nutzung des öffentlichen Grundes) eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Daneben ist eine Vielzahl punktueller Anpassungen erforderlich.

All dies erfordert eine Revision des durch das Stadtparlament erlassenen Stadtwerke-Reglements sowie des gestützt darauf durch den Stadtrat erlassenen Vollzugsreglements.



2 Inhaltsverzeichnis

1	<i>Zusammenfassung</i>	1
2	Inhaltsverzeichnis	2
3	Allgemeine Erläuterungen.....	3
3.1	Struktur des Reglements	3
3.2	Finanzielle Leistungen der Stadtwerke an den allgemeinen Haushalt	3
3.3	Gebührenstruktur Elektrizität und Gas	3
3.4	Anschlussgebühren statt Anschlussbeiträge	3
3.5	Anbieten von Diensten auf dem Glasfasernetz.....	4
3.6	Weitere Änderungen	5
4	Artikelweiser Kommentar	5
4.1	Allgemeiner Teil.....	5
4.1.1	Allgemeine Bestimmungen	5
4.1.2	Rechtsverhältnisse	6
4.1.3	Infrastruktur	7
4.1.4	Finanzierung	9
4.1.5	Weitere Bestimmungen.....	11
4.2	Besonderer Teil	11
4.2.1	Elektrizitätsversorgung.....	11
4.2.2	Gasversorgung	13
4.2.3	Wasserversorgung.....	13
4.2.4	Wärmeversorgung.....	13
4.2.5	Glasfasernetz.....	14
4.3	Schlussbestimmungen	14
5	Finanzielle Folgen	15



3 Allgemeine Erläuterungen

3.1 Struktur des Reglements

Das Reglement wird in einen Allgemeinen Teil und einen Besonderen Teil gegliedert. Der Allgemeine Teil enthält diejenigen Bestimmungen, die sich auf die gesamten Stadtwerke beziehen, der Besondere Teil die spezifischen Bestimmungen, welche nur für die jeweilige Versorgung Geltung haben.

3.2 Finanzielle Leistungen der Stadtwerke an den allgemeinen Haushalt

Die Stadtwerke leisten seit längerer Zeit finanzielle Abgaben an den allgemeinen Haushalt, hierzu gehören insbesondere die Ablieferung sowie die Entschädigung für die Nutzung des öffentlichen Grundes. Erstere hat bisher nur eine rudimentäre, letztere gar keine Grundlage im Reglement. Diese gesetzlichen Grundlagen werden nun präzisiert bzw. geschaffen (Art. 19 und 20).

3.3 Gebührenstruktur Elektrizität und Gas

Die Marktöffnung bei der Elektrizitätsversorgung und bei der Gasversorgung verlangt eine strikte Trennung von Netz und Energie. Dies gilt auch für die Gebührenstruktur. Gemäss dem geltenden Reglement bezahlt die feste Kundschaft bei der Elektrizität Bezugsgebühren, welche sowohl die Stromlieferung als auch die Netznutzung beinhalten, während die freie Kundschaft Netznutzungsgebühren bezahlt. Beim Gas gibt es bis heute nur die einheitliche Bezugsgebühr.

Neu ist vorgesehen, bei beiden Versorgungen die dem übergeordneten Recht entsprechende strikte Trennung bei allen Gebühren umzusetzen. So zahlen neu alle Angeschlossenen eine Netznutzungsgebühr; wer Strom und Gas von den Stadtwerken bezieht, zahlt hierfür zusätzlich eine Bezugsgebühr, welche nur noch die Lieferung abdeckt und keine Netznutzung mehr enthält (Art. 30-32 und 35-36).

3.4 Anschlussgebühren statt Anschlussbeiträge

Die Elektrizitäts-, die Wasser- und die Wärmeversorgung erheben je eine Abgabe für den Anschluss. Diese Abgaben waren bisher als Anschlussbeiträge bezeichnet, was jedoch rechtlich falsch ist. Es wären nur dann Beiträge, wenn sie bereits zu demjenigen Zeitpunkt erhoben würden, in welchem das Land erschlossen wird – ungeachtet dessen, ob tatsächlich gebaut wird oder nicht (sog. Vorzugslasten). Die Stadtwerke erheben diese Abgaben jedoch erst in dem Zeitpunkt, in welchem ein Gebäude tatsächlich ans Netz angeschlossen wird. Damit handelt es sich nicht um Anschlussbeiträge, sondern um Anschlussgebühren. Wie nahezu die gesamte Schweizer Lehre und Rechtsprechung teilt auch das Verwaltungsgericht des Kantons St.Gallen diese Rechtsauffassung. So hat es in seinem Urteil B 2004/11



vom 10. Juni 2004 betreffend Sprinkler-Anschlussbeitrag in E. 2d.bb ausdrücklich festgehalten, dass es sich beim Anschlussbeitrag für Sprinkleranlagen rechtlich nicht um einen Beitrag, sondern um eine Gebühr handelt. Diese Urteilsbegründung kann uneingeschränkt auf alle von den Stadtwerken erhobenen Abgaben, welche bisher Anschlussbeiträge genannt wurden, übertragen werden – die Abgabestruktur ist identisch. Daraus ergibt sich, dass es sich bei den Abgaben, welche die Stadtwerke für den Anschluss erheben, um Anschlussgebühren handelt und nicht um Anschlussbeiträge.

Diese Unterscheidung hat eine entscheidende rechtliche Bedeutung. Gemäss Art. 61 Abs. 1 Bst. h Gemeindegesetz vom 21. April 2009 (sGS 151.2) erlässt das Parlament Gebührentarife für die Benützung von Gemeindeunternehmen, soweit nicht die Gemeindeordnung oder das Reglement den Rat (Exekutive) zuständig erklärt. Letzteres ist in der Stadt St.Gallen der Fall: Art. 46 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004 (sRS 111.1) überträgt den Erlass der Gebührentarife dem Stadtrat. Gemäss Art. 66 Abs. 1 Bst. a Gemeindegesetz sind Gebührentarife zudem ausdrücklich vom fakultativen Referendum ausgenommen. Damit können die Tarife für Gebühren – im Gegensatz zu Beiträgen – nicht Teil des dem fakultativen Referendum unterstehenden Reglements sein. Sie sind vielmehr durch den Stadtrat in einem Gebührentarif zu erlassen.

Aus diesem Grund enthält der vorliegende Reglementsentwurf keine Tarifansätze für Anschlussbeiträge mehr; stattdessen bezeichnet es diese Abgaben als Anschlussgebühren und überträgt den Erlass des Tarifs – dem kantonalen Recht folgend – dem Stadtrat.

3.5 Anbieten von Diensten auf dem Glasfasernetz

Bisher bieten die Stadtwerke keine Dienste auf dem Glasfasernetz an, sondern vermieten dieses lediglich an Dienstanbieter (für Internet, Telefonie, TV), wodurch die Rentabilität der Investitionen sichergestellt wird. Die kleineren Dienstanbieter haben das generelle Problem, dass sie gegen bekannte und grosse Konkurrenten bestehen müssen. Obwohl sie sehr innovativ sind und preiswerte Dienstleistungen anbieten, sind sie aufgrund des fehlenden Bekanntheitsgrades und limitierter Ausgaben für Werbung im Nachteil. Es besteht daher die Gefahr, dass der angestrebte Marktanteil auf dem St.Galler Glasfasernetz nicht erreicht wird. Deshalb sollten die Stadtwerke die Möglichkeit haben, zur Erreichung eines adäquaten Marktanteiles und zur Sicherstellung der langfristigen Refinanzierung der Investitionen ins Glasfasernetz selbst Telekommunikations-Dienstleistungen anzubieten. Die Stadtwerke anderer Städte (Bern, Luzern, Genf, Basel) haben diesen Schritt bereits gemacht. Es ist auch davon auszugehen, dass sich der Wettbewerb auf dem Energiemarkt in Zukunft verschärfen wird. Eine Bündelung von Telecom- und Energiedienstleistungen wird die Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke gegenüber neuen Konkurrenten im Energiebereich verbessern.



3.6 Weitere Änderungen

Weitere Änderungen gegenüber dem geltenden Recht werden im Nachfolgenden artikelweisen Kommentar erläutert.

4 Artikelweiser Kommentar

4.1 Allgemeiner Teil

4.1.1 Allgemeine Bestimmungen

- Art. 1 Diese Bestimmung leitet das Reglement ein, indem sie dessen Gegenstand festlegt, mithin den Grund, warum das Reglement überhaupt notwendig ist. Das Unternehmen wird, entsprechend Art. 46 Abs. 1 Ziff. 2 Gemeindeordnung, im Reglement durchgehend als „Stadtwerke“ bezeichnet. Der Auftritt nach aussen (z.B. „Sankt Galler Stadtwerke“ oder „sgsw“) ist davon unabhängig und kann vom Stadtrat festgelegt werden.
- Art. 2 Das Stadtwerkereglement ist ein technisches Reglement. Es enthält eine Vielzahl von unbestimmten Begriffen, die in der Folge wiederkehren und daher definiert werden müssen, damit ihre Verwendungsweise im Reglement klar ist (sog. Legaldefinitionen).
- Art. 3 Die Stadtwerke sind ein unselbständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen der Stadt St.Gallen. Dabei handelt es sich um einen Verwaltungszweig, der organisatorisch selbständig geführt wird, aber keine eigene Rechtspersönlichkeit hat (Art. 125 Abs. 1 Bst. b Gemeindegesetz).
- Art. 4 In Abs. 1 werden die Aufgaben der Stadtwerke aufgezählt; sie werden anders gegliedert, bleiben materiell aber unverändert. Auch die Löschwasserversorgung und der Betrieb der öffentlichen Beleuchtung gehören weiterhin dazu, sie werden neu aber unter Versorgung mit Wasser bzw. Energie subsumiert.

Der Stadtrat hat weiterhin die Kompetenz, den Stadtwerken darüber hinausgehende Aufgaben, auch ausserhalb des Gebiets der Stadt St.Gallen, zu übertragen. Bisher war dies auf die regionale Zusammenarbeit beschränkt; diese Einschränkung entfällt nun, da das Tätigkeitsgebiet von Werken in der Grössenordnung der Stadtwerke heute oft deutlich über die Region hinausgeht.



4.1.2 Rechtsverhältnisse

- Art. 5 Mit der Legaldefinition des Begriffs „Kundschaft“ wird geregelt, wer mit der Stadt für den Bezug von Energie oder Wasser in einem Rechtsverhältnis (sog. Bezugsverhältnis) steht. Sie bleibt gegenüber dem geltenden Reglement unverändert.
- Art. 6 Bei den beiden der Marktöffnung unterworfenen Versorgungen Elektrizität und Gas werden neu Bezug und Netznutzung strikt getrennt. Das Bezugsverhältnis enthält bei diesen beiden Versorgungen keine Netznutzung mehr, die Bezugsgebühren decken somit nur noch den effektiven Bezug von elektrischem Strom bzw. Gas ab. Wer in einem Bezugsverhältnis der Elektrizitätsversorgung oder der Gasversorgung steht, steht somit zwingend auch in einem Netznutzungsverhältnis der jeweiligen Versorgung (vgl. Art. 7).
- Art. 7 Das separate Netznutzungsverhältnis existiert nur bei der Elektrizitätsversorgung und der Gasversorgung. Es beinhaltet das Recht, Strom oder Gas durch das Leitungsnetz der Stadtwerke zu leiten, nicht aber das Recht, dies von den Stadtwerken selbst zu beziehen. Wer dies will, tritt zusätzlich zum Netznutzungsverhältnis in ein Bezugsverhältnis (vgl. Art. 6); wer Strom oder Gas von einem anderen Anbieter beziehen will, steht demgegenüber nur im Netznutzungsverhältnis. Demzufolge decken die entsprechenden Gebühren auch ausschliesslich die Netznutzung ab.
- Manche Anbieter bieten sogenannte „All-inclusive Verträge“ an, welche auch das Entgelt für die Netznutzung enthalten. Diese Anbieter überweisen die Netznutzungsgebühr direkt den Stadtwerken. Solche Lösungen sind möglich, das Netznutzungsverhältnis besteht aber dennoch zwischen der Stadt und den Endverbrauchern, es werden lediglich die Rechnungen an eine andere Adresse geschickt.
- Art. 8 Die letztmals am 11. März 2008 angepasste gesetzliche Grundlage für öffentlich-rechtliche Verträge, mit denen in bestimmten Fällen von den Bestimmungen des Reglements abgewichen werden kann, bleibt unverändert.
- Art. 9 Durch die Stadt abgeschlossene privatrechtliche Verträge sind nichts Neues. Allerdings gab es im bisherigen Stadtwerke-Reglement keine ausdrückliche Grundlage dafür. Sie wäre denn aus rein rechtlicher Sicht auch nicht nötig. Dennoch ist es sinnvoll, eine solche zu schaffen, damit klargestellt wird, welche Rechtsverhältnisse privatrechtlich zu regeln sind. Dies sind alle jene, welche



durch das Reglement nicht geregelt sind, die also nicht ausdrücklich als öffentlich-rechtlich erklärt werden.

In Abs. 2 werden einige dieser privatrechtlichen Rechtsverhältnisse beispielhaft aufgezählt. Hierzu gehören zunächst das Energiecontracting und der Verkauf von Gas als Treibstoff, letzteres um klarzustellen, dass nicht die öffentlich-rechtlichen Bestimmungen für den Gasverkauf anwendbar wären, denn diese sind ausschliesslich für den Verkauf von Gas über das Gasnetz ausgestaltet. Die Regelung über die Rechtsverhältnisse mit den Telekommunikationsunternehmen ist dem bisherigen Reglement über das Glasfasernetz entnommen. Neu ist hingegen die Bestimmung, dass Rechtsverhältnisse, welche die Stadtgrenzen überschreiten, in der Regel privatrechtlich geregelt werden sollen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass dieses Vorgehen viel einfacher ist als die Möglichkeiten, welche das Gemeindegesetz bietet. Insbesondere wären bei öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnissen mit ausserkantonalen Gemeinwesen Staatsverträge zwischen den beteiligten Kantonen nötig, was unpraktikabel wäre.

Die Kompetenz für den Abschluss privatrechtlicher Verträge kommt von Gesetzes wegen dem Stadtrat zu, er kann sie delegieren (so in genereller Weise geschehen im Reglement über die Ausgaben- und Vertragskompetenzen der Direktionen und Verwaltungsstellen (Delegationsreglement) vom 8. März 2005; sRS 181.2).

4.1.3 Infrastruktur

Art. 10 Die Bestimmungen über die Einrichtungen der Stadtwerke auf öffentlichem und privatem Grund wurden sprachlich überarbeitet. Materiell bleiben sie nahezu unverändert. Einzig die Pflicht, dass die Stadtwerke über bevorstehende Arbeiten informieren müssen, wurde von der Grundeigentümerschaft auf alle betroffenen Personen erweitert; in der Praxis wird dies heute schon so gehandhabt, z.B. werden alle Bewohner von Mehrfamilienhäuser durch Anschlag, Flugblätter o.ä. über bevorstehende Arbeiten informiert.

Art. 11 Bisher war geregelt, dass innerhalb des Siedlungsgebietes Anspruch auf den Anschluss an die Elektrizitäts- und die Wasserversorgung besteht, soweit eine Erschliessungspflicht des Gemeinwesens besteht. Neu wird der Anspruch auf die Bauzone bezogen und gilt generell. Damit ist die Bestimmung aus rechtlicher Sicht klarer und entspricht den Vorschriften des kantonalen Rechts (Art. 49 Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (Baugesetz) vom 6. Juni 1972). Das Glasfasernetz wird gleich geregelt. Bei der Gas- und der Wärme-



versorgung besteht ein Anspruch auf Anschluss oder auf Verstärkung eines bestehenden Anschlusses weiterhin nur, wenn die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist.

Bei der Elektrizitätsversorgung ist die Anschlusspflicht durch das Bundesrecht (Bundesgesetz über die Stromversorgung vom 23. März 2007; SR 734.7) und das kantonale Recht (Einführungsgesetz zur eidgenössischen Stromversorgungsgesetzgebung vom 16. November 2010; sGS 741.2) geregelt.

Art. 12 Neu erhalten die Stadtwerke die Kompetenz, bestehende Anlagen der Erdgas- oder der Wärmeversorgung, die nachträglich unwirtschaftlich werden oder die aus anderen Gründen nicht weiterbetrieben werden können, ausser Betrieb zu nehmen, sofern geltende Verträge nichts anderes vorsehen. Dies kann z.B. geschehen, wenn eine sanierungsbedürftige Gasleitung in einer Strasse liegt, an der mehrere Liegenschaften bereits auf eine andere Energieart umgerüstet worden sind oder wenn infolge des Ausbaus der Fernwärme in einer Strasse nicht mehr genügend Platz für die Gasleitung ist. In solchen Fällen ist es bedeutend günstiger, die betroffenen Personen für den verbleibenden Restwert ihrer Anlagen (z.B. eine noch nicht amortisierte Gasheizung) angemessen zu entschädigen, als die Leitung zu sanieren.

Art. 13 Das geltende Reglement enthält Bestimmungen über die Eigentumsverhältnisse bei den Anschlussleitungen. Diese sind in einer Art geregelt, welche zu ihrer Rechtsgültigkeit in vielen Fällen Einträge im Grundbuch erfordert hätte, was aber nur selten umgesetzt wurde. In der Praxis sind die Eigentumsverhältnisse an den Leitungen aber auch gar nicht wesentlich, viel wichtiger ist die Unterhaltspflicht. Daher wird die Eigentumsgrenze nicht mehr genannt, sie richtet sich vielmehr nach dem Sachenrecht. Hingegen bleibt die Pflicht zu Erstellung und Unterhalt Sache der Stadtwerke.

Ferner wird ausdrücklich festgelegt, dass bei der Versorgung mehrerer Grundstücke durch eine einzige Anschlussleitung die Rechte im Grundbuch gesichert werden müssen. Dies, weil es schon wiederholt vorkam, dass die Stadtwerke bei Nachbarschaftsstreitigkeiten zwischen die Fronten gerieten und Bauvorhaben nicht ausgeführt werden konnten. Zudem ist ein solcher Fall eine Ausnahme von der Regel „eine Anschlussleitung pro Grundstück“, welcher nur mit einer ausdrücklichen Bewilligung der Stadtwerke zulässig ist.

In letzter Zeit kam es immer häufiger vor, dass die Teile von Anschlussleitungen, welche sich in Gebäuden befinden, bei Umbauarbeiten verbaut oder zugemauert



wurden. Dadurch werden Kontrollen und Sanierungen verunmöglicht, was zu gefährlichen Folgen führen kann, etwa bei einer undichten Gasleitung. Daher wird deutlicher als früher gesagt, dass diese Leitungen zugänglich bleiben müssen.

Art. 14 In dieser Bestimmung wird neu ausdrücklich gesagt, dass es Sache der Grundeigentümerschaft ist, alle nötigen Rechte für die Erstellung der Anschlussleitung einzuholen. Es kann nicht Sache der Stadtwerke sein, bei der Erschliessung von Grundstücken für die nötigen Rechte besorgt sein zu müssen, wenn es sich nicht um Rechte zu Gunsten der Stadt handelt. Im Übrigen bleibt die Bestimmung unverändert.

Art. 15-16 Die Bestimmungen über den Entzug der Installationsbewilligung werden aus Gründen des Legalitätsprinzips von der Ebene des Vollzugsreglements auf diejenige des parlamentarischen Reglements gehoben. Zudem wird zur Möglichkeit des Entzugs einer selbst erteilten Bewilligung diejenige der Aberkennung einer fremden eingeführt. Bisher konnte lediglich unqualifizierten einheimischen Personen die Tätigkeit für die Stadtwerke untersagt werden, nicht aber auswärtigen; dies wurde zu Recht als unfair empfunden. Im Übrigen bleiben die Regelungen über die Hausinstallationen unverändert.

Art. 17 Die heutige Technologie ermöglicht die Fernauslesung von Messeinrichtungen. Der Einsatz solcher Messeinrichtungen erleichtert die Aufgabe der Stadtwerke deutlich und soll daher erlaubt werden. Aus Datenschutzgründen ist es jedoch angebracht, die Daten nur in pseudonymisierter Form zu erfassen und nach einer gewissen Zeit zu löschen. Zudem ist strikt sicherzustellen, dass nur berechtigte Personen darauf Zugriff erhalten können. Aus denselben Gründen wird vorgeschrieben, dass Dritte die Daten nur erhalten, wenn dies unumgänglich ist und wenn sie sich selbst zur Geheimhaltung verpflichten.

Möchte hingegen jemand den elektronischen Zugriff auf seine Verbrauchsdaten, so ist die Pseudonymisierung nicht mehr durchgängig möglich. Daher müssen Personen, welche den Zugriff wünschen, diese Einschränkung des Datenschutzes in Kauf nehmen.

4.1.4 Finanzierung

Art. 18 Die Stadtwerke sind ein Unternehmen mit wirtschaftlichen Aufgaben. Daher muss das Reglement seine Finanzierung durch Gebühren regeln (Art. 129 Abs. 1 Gemeindegesetz). Wie bis anhin ist vorgesehen, dass die Gebühren, getrennt nach der jeweiligen Versorgung, so zu bemessen sind, dass sie die gesamten



Kosten decken. Neu wird jedoch ausdrücklich gesagt, dass die Gebühren nur denjenigen Teil der Kosten decken, welcher nicht durch vertragliche Entgelte gedeckt ist.

Nach bisherigem Recht ist bei der Wärmeversorgung eine Unterschreitung zulässig, wenn sie erforderlich ist, um sie im Vergleich zu den Kosten von Ölheizungen konkurrenzfähig zu halten. Da die Vorherrschaft von Öl stark zurückgeht, wird neu der Wärmemarktpreis als Vergleichsgrösse herangezogen. Die bisherige Möglichkeit der Überschreitung des ordentlichen Finanzierungsziels ist weder rechtlich noch sachlich haltbar und wird daher aufgegeben.

- Art. 19 Gemäss Art. 130 Gemeindegesetz werden Ertragsüberschüsse unselbständiger Unternehmen nach kaufmännischen Grundsätzen für Abschreibungen und Rückstellungen verwendet; der verbleibende Reingewinn wird dem allgemeinen Gemeindehaushalt zugewiesen. Aufwandüberschüsse werden vom Unternehmen und, soweit dies nicht möglich ist, vom allgemeinen Gemeindehaushalt gedeckt.

Bisher war die Ablieferung an den allgemeinen Haushalt nur implizit im Rahmen der Bemessungsgrundsätze geregelt. Neu wird ausdrücklich festgehalten, wie sie festgesetzt wird; dabei ist der oben erwähnten Gesetzesbestimmung Rechnung zu tragen.

- Art. 20 Die Energieversorgungen der Stadtwerke leisten dem allgemeinen Haushalt schon seit längerer Zeit eine Entschädigung für die Nutzung des öffentlichen Grundes, die durch einen Zuschlag auf die Bezugsgebühren bzw. die Netznutzungsgebühren finanziert und als Abgabe an das Gemeinwesen ausgewiesen wird. Hierfür fehlte bisher allerdings eine Grundlage im Reglement. Diese wird nun geschaffen. Vorgesehen ist, dass der Stadtrat die Zuschläge festsetzt, sie aber durch einen im Reglement vorgesehenen Höchstbetrag begrenzt werden. Ferner soll in Zukunft auch die Wasserversorgung eine Entschädigung für die Nutzung des öffentlichen Grundes bezahlen, was aus Gründen der Gleichbehandlung gerechtfertigt ist. Demgegenüber belastet das Glasfasernetz den öffentlichen Grund nicht, da die Glasfaserleitungen in den meisten Fällen in den Kabelträgern der Elektrizitätsversorgung liegen.

- Art. 21-22 Diese Bestimmungen bleiben unverändert.

- Art. 23 Bisher war die solidarische Haftung nur vorgesehen, wenn mehrere Objekte eine gemeinsame Messeinrichtung hatten. Neu wird dies für alle Fälle eingeführt, bei denen die Grundeigentümerschaft oder die Kundschaft aus mehreren Personen



besteht (z.B. Erbengemeinschaften oder andere Gesamthandschaften). Damit wird, namentlich in Fällen von Uneinigkeit unter diesen Personen, der Bezug der Gebühren vereinfacht.

Ferner müssen die Bezugsgebühren und die Netznutzungsgebühren aufgrund der neuen Gebührenstruktur getrennt genannt werden.

Art. 24 Bisher waren die verschiedenen Inkassomassnahmen unübersichtlich geregelt. Neu wird in einer Tabelle aufgelistet, welche Massnahmen ergriffen werden können. Unverändert bleibt, dass immer eine Mahnung und die konkrete Androhung der vorgesehenen Massnahme vorausgehen müssen. Neu eingeführt wird ferner die Begrenzung der Energielieferung als mildere Massnahme gegenüber der vollständigen Einstellung. Bei der Wasserversorgung wird weder eine Begrenzung noch eine Einstellung der Lieferung erlaubt, da es sich beim Wasser um ein unerlässliches Lebensmittel handelt.

Art. 25 Für die Verjährung werden weiterhin die Bestimmungen und Fristen des Steuerrechts anwendbar erklärt.

4.1.5 Weitere Bestimmungen

Art. 26 Aufgrund der Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Elektrizitätsversorgung und der Gasversorgung in Bezugs- und Netznutzungsverhältnisse muss die Bestimmung über die Einschränkungen der Lieferung auf die Netznutzung erweitert werden. Im Übrigen bleibt die Bestimmung unverändert.

Art. 27 Die Haftungsbeschränkung wird durch eine Bestimmung ergänzt, welche die Haftung für Schäden (insbesondere Folgeschäden) ausschliesst, die dadurch entstehen, dass Messdaten, welche im Auftrag der Kundschaft übermittelt werden, nicht eintreffen oder fehlerhaft sind. Dieser Haftungsausschluss betrifft die Stromversorgung und zukünftig auch die Gasversorgung. Ohne ihn könnte die Stadt für fehlerhafte Lieferungsprognosen haftbar gemacht werden. Im Übrigen bleibt die Bestimmung über die Haftungsbeschränkungen unverändert.

Art. 28 Die Strafbestimmungen bleiben unverändert.

4.2 Besonderer Teil

4.2.1 Elektrizitätsversorgung

Art. 29 Entsprechend den Empfehlungen des Branchenverbandes (Ziff. 6.3 Distribution Code Schweiz des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen, Ausgabe



2011) wird bei der Finanzierung der Anschlussleitung der Elektrizitätsversorgung neu zwischen dem Leitungsabschnitt auf dem privaten Grund des anzuschliessenden Gebäudes einerseits und dem Leitungsabschnitt auf öffentlichem Grund sowie dem Kabel andererseits unterschieden. Wer die Leitung bestellt, finanziert den erstgenannten Teil, d. h. die Verlegung des Rohrs auf privatem Grund, direkt selbst. Die Gebühr für die Erstellung der Anschlussleitung bezieht sich nur noch auf den zweitgenannten Teil, d. h. die Verlegung des Rohrs auf öffentlichem Grund und das gesamte Kabel; sie wird nach dem Kabelquerschnitt und der Kabellänge bemessen, wie dies bereits bei der bisherigen Pauschale der Fall war. Bei Anschlussleitungen über 1000 A wird die Gebühr, wie bis anhin, anhand der tatsächlichen Kosten bemessen, da die Festlegung einer Pauschale bei so grossen Leitungen nicht praktikabel ist.

- Art. 30 Die Anschlussgebühr (bisher Anschlussbeitrag) der Elektrizitätsversorgung wird gegenüber dem geltenden Recht deutlich vereinfacht. Bisher wurde sie bei Wohnobjekten nach Wohneinheiten, in den meisten übrigen Fällen nach der bewilligten Leistung bemessen. Neu richtet sie sich in jedem Fall nach der bewilligten Leistung. Die übrigen Bestimmungen bleiben unverändert. Da es sich um eine Anschlussgebühr handelt, wird der Ansatz jedoch nicht mehr im Reglement festgesetzt, sondern im Gebührentarif (vgl. Ziff. 3.4).
- Art. 31 Die Bezugsgebühr der Elektrizitätsversorgung enthält kein Entgelt für die Netznutzung mehr, da dieses in jedem Fall über die Netznutzungsgebühr erhoben wird (vgl. Ziff. 3.3). Daher enthält sie auch keine Komponente „Blindenergiebezug“ mehr, da sich diese nur auf die Netznutzung bezieht.
- Art. 32 Die Netznutzungsgebühr wird neu auch von der festen Kundschaft erhoben (vgl. Ziff. 3.3). Im Übrigen bleiben die Bestimmungen dieses Artikels unverändert.
- Art. 33 Bisher wurde die Eigenerzeugung von Strom in allen Teilen rein vertraglich geregelt. Neu wird vorgeschrieben, dass für die Einspeisung ein Netznutzungsverhältnis nötig ist, womit für den von den Stadtwerken zur Verfügung gestellten Zähler die ordentliche Grundgebühr erhoben wird. Damit steigt die Rechtsgleichheit. Die Vergütung, welche die Stadtwerke für den ökologischen Mehrwert der eingespeisten Energie bezahlen, wird hingegen weiterhin vertraglich vereinbart.

Durch den Zubau von privaten Stromerzeugungen steigt deren Leistungsanteil gegenüber den grossen Stromerzeugungen stark an. Somit müssen die dezentralen Stromerzeugungen gewisse technische Anforderungen erfüllen, z.B. eine



automatische Reduktion der Einspeiseleistung, damit das Versorgungsnetz sicher und stabil betrieben werden kann.

4.2.2 Gasversorgung

Art. 34 Aus Sicherheitsgründen müssen die Stadtwerke eine Leitung verschliessen können, wenn kein Netznutzungsverhältnis mehr besteht. Dies wurde bisher schon so gehandhabt, aus Gründen der Rechtssicherheit wird es neu ins Reglement aufgenommen. Die übrigen Bestimmungen bleiben unverändert.

Art. 35-36 Infolge der Öffnung des Gasmarktes werden die wiederkehrenden Gebühren der Gasversorgung, wie bei der Elektrizitätsversorgung, in eine Bezugsgebühr und eine Netznutzungsgebühr aufgeteilt. Im Übrigen bleibt die Gebührenstruktur unverändert.

4.2.3 Wasserversorgung

Art. 37 Aus Sicherheitsgründen müssen die Stadtwerke eine Leitung verschliessen können, wenn kein Bezugsverhältnis mehr besteht. Dies wurde bisher schon so gehandhabt, aus Gründen der Rechtssicherheit wird es neu ins Reglement aufgenommen. Die übrigen Bestimmungen bleiben unverändert.

Art. 38 Da die Abgabe für den Anschluss eine Gebühr und kein Beitrag ist, wird der Ansatz nicht mehr im Reglement festgesetzt, sondern im Gebührentarif (vgl. Ziff. 3.4). Die Struktur der Abgabe bleibt unverändert.

Art. 39 Die Struktur der Bezugsgebühr der Wasserversorgung bleibt unverändert.

Art. 40 Die Bestimmungen über den Brandschutz bleiben unverändert.

4.2.4 Wärmeversorgung

Art. 41 Die Wärmeversorgung umfasst bereits heute verschiedene Angebote, aber nur die Fernwärme ist im Reglement und damit öffentlich-rechtlich geregelt. Neu werden auch die Nahwärmeverbunde ins Reglement aufgenommen. Dabei gilt das Prinzip „ein Tarif für alle“. Mit den Versorgungen verbundene besondere Leistungen, wie z.B. das Betreiben einer Heizungsanlage, werden auf der Basis von Art. 9 vertraglich geregelt. Wärmecontracting, ein Spezialfall von Energiecontracting, kann ebenfalls angeboten werden, auch diese Rechtsverhältnisse sind privatrechtlich (Art. 9 Abs. 2 Bst. a).



- Art. 42 Für die Erstellung oder Veränderung einer Anschlussleitung wird, wie bisher bei der Fernwärmeversorgung, eine Gebühr in Höhe der tatsächlichen Kosten erhoben, die pauschaliert werden kann.
- Art. 43 Da die Abgabe für den Anschluss eine Gebühr und kein Beitrag ist, wird der Ansatz nicht mehr im Reglement festgesetzt, sondern im Gebührentarif (vgl. Ziff. 3.4). Die Struktur der Abgabe bleibt unverändert.
- Art. 44 Die Struktur der Bezugsgebühr der Wärmeversorgung bleibt unverändert.
- Art. 45 Die Bestimmung über den Investitionsschutz bleibt unverändert.

4.2.5 Glasfasernetz

- Art. 46 In Abs. 2 erhalten die Stadtwerke die Legitimation, selbst Dienste auf dem Glasfasernetz anbieten zu können (vgl. oben Ziff. 3.5).
- Art. 47 Das geltende Reglement basiert auf der Erschliessungsphase; diese ist inzwischen weit fortgeschritten. Daher wird die Bestimmung über den Anschluss nun aus der Sicht des Betriebs formuliert; d.h. insbesondere, dass auch beim Glasfasernetz für die Erstellung der Anschlussleitung eine Gebühr in Höhe der tatsächlichen Kosten erhoben wird. Diese wird in aller Regel aber gering sein, da der grosse Teil der Kosten normalerweise bereits durch die Gebühr für die Anschlussleitung der Elektrizitätsversorgung gedeckt sein wird.

Für den verbleibenden Rest der Ersterschliessung wird eine Übergangsbestimmung formuliert (Art. 52).

- Art. 48-49 Die Bestimmungen über Kündigung und Investitionsschutz sowie die Bekanntgabe von Daten bleiben unverändert.

4.3 Schlussbestimmungen

- Art. 50 Der Stadtrat wird ermächtigt, die nötigen Ausführungsbestimmungen sowie die Gebührentarife zu erlassen.
- Art. 51 Das Reglement ersetzt sowohl das bisherige Reglement über die Versorgung der Stadt mit Energie und Wasser als auch das Reglement über das städtische Glasfasernetz.
- Art. 52 Solange die Ersterschliessung mit dem Glasfasernetz läuft, erfolgen die Anschlüsse in bestehenden Kabelträgern weiterhin kostenlos (vgl. Art. 47).



- Art. 53 Das Reglement ist rechtsetzend und untersteht daher dem fakultativen Gesetzesreferendum (Art. 8 Ziff. 1 Gemeindeordnung). Da es Bestimmungen über ein unselbständiges Unternehmen enthält, muss es dem zuständigen kantonalen Departement zur Kenntnis gebracht werden (Art. 125 Abs. 3 Gemeindegesetz).
- Art. 54 Der Stadtrat wird das Reglement in Kraft setzen, sobald es rechtsgültig ist und die nötigen Vollzugsbestimmungen erlassen wurden.

5 Finanzielle Folgen

Der Erlass des neuen Stadtwerkereglements hat keine direkten finanziellen Folgen.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Entwurf Stadtwerkereglement

